

**Dienstleistungsvertrag**  
**Wach- und Sicherheitsdienstleistungen an der Technischen Universität**  
**Darmstadt**

Vertrags-Nr.: V \_\_/2026 – IV C

Zwischen

**der Technischen Universität Darmstadt**  
**vertreten durch die Präsidentin**  
**Frau Prof. Dr. Tanja Brühl**  
**Karolinenplatz 5, 64289 Darmstadt**

USt-ID: DE 111608 628

Steuernummer: 007 226 00139

nachfolgend „Auftraggeberin (AG)" genannt

und

**der Firma**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

USt-ID: \_\_\_\_\_

nachfolgend „Auftragnehmer (AN)" genannt

wird folgender Vertrag geschlossen:

## **Präambel**

Die Technische Universität Darmstadt ist eine international renommierte Universität mit rund 25.000 Studierenden und ca. 5.000 Beschäftigten. Die Universität erstreckt sich in Darmstadt und Umgebung auf 5 Standorte in 175 Gebäuden mit rd. 311.577 qm Hauptnutzfläche.

Der AN soll für die AG auf dem Gelände der Universität auf Grundlage dieses Vertrags die täglich erforderlichen Wach- und Sicherheitsdienstleistungen erbringen.

## **§ 1**

### **Vertragsgegenstand**

- (1) Die AG beauftragt den AN mit täglichen Wach- und Sicherheitsdienstleistungen nach § 34a Gewerbeordnung (GewO) für den gesamten Bereich der Technischen Universität Darmstadt nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
- (2) Der AN verpflichtet sich, alle im Rahmen der Ausschreibung angebotenen Arbeiten auszuführen.
- (3) Bei Bedarf ist die Erbringung abweichender oder zusätzlicher Leistungen möglich. Diese sind in jedem Fall vorab mit der AG abzustimmen.

## **§ 2**

### **Vertragsbestandteile**

- (1) Zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Vertragserfüllung und zur Bestimmung der gegenseitigen Rechte und Pflichten der AG und des ANs wird der Vertragsinhalt durch folgende Vertragsgrundlagen bestimmt. Im Fall von Widersprüchen gilt die Reihenfolge als Rangfolge:
  - Dieser Vertrag
  - Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) nebst den Anlagen L1 – L4;
  - Preisblatt (**Anlage 2**)
  - Personal- und Bewachungsspitzenkonzept (**Anlage 3**) und Einarbeitungskonzept (**Anlage 4**);
  - die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen – Teil B der Verdingungsordnung für Leistungen – VOL/B in der jeweils gültigen Fassung;
  - Besondere Vertragsbedingungen zur Kontrolle der Verpflichtungen zur Tariftreue und Mindestentgelt nach HVTG (**Anlage 5**);
  - Hausordnung der Technischen Universität Darmstadt (**Anlage 6**);
  - Betriebsordnung der Technischen Universität Darmstadt (**Anlage 7**);
  - Brandschutzordnung und Notfallinformationen der Technischen Universität Darmstadt (**Anlage 8**);
  - die Verordnung über das Bewachungsgewerbe (BewachV) in der jeweils gültigen Fassung;
  - alle einschlägigen VDE-Normen, DIN-Normen, Unfallverhütungsvorschriften und die allgemein anerkannten Regeln der Technik.
  - Informationen zum elektronische Rechnungseingang an der TU Darmstadt (**Anlage 9**)

## **§ 3**

### **Leistungen und Pflichten des ANs**

- (1) Der AN wird die jeweils vereinbarten Leistungen sachgerecht, sorgfältig und gewissenhaft nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung innerhalb des jeweils vereinbarten Zeitrahmens und unter Berücksichtigung der allgemein anerkannten Regeln der Technik erbringen.
- (2) Der AN erbringt seine Leistungen in enger Absprache mit der AG. Er plant sein Personal entsprechend dieser Vorgaben ein und haftet für die Vollständigkeit und sachliche Richtigkeit aller von ihm zu erbringenden Leistungen. Der AN ist verpflichtet, einschlägige Vorschriften, Verordnungen, Regeln der Technik, Normen und Unfallverhütungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung zu beachten sowie sich mit dem im Hause der AG jeweils geltenden Standards und festgelegten Methoden vertraut

- zu machen. Er hat dafür einzustehen und zu haften, dass die von ihm erbrachten Leistungen mit diesen Standards und Methoden in Einklang stehen.
- (3) Sollte eine Auftragsänderung vor Ort notwendig sein, so ist die AG unverzüglich hierüber in Kenntnis zu setzen.
  - (4) Die gesondert beauftragten Leistungen werden von der AG mindestens 3 Tage vor dem Beginn der jeweiligen Leistungserbringung bekannt gegeben und schriftlich beauftragt. Davon abweichend gelten die Reaktionszeiten der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) vorrangig.
  - (5) Die AG wird den AN in alle relevanten örtlichen und technischen Gegebenheiten einführen.
  - (6) Die AG stellt dem AN alle ihr zugänglichen und für den AN zur Leistungserbringung erforderlichen Informationen zur Verfügung.
  - (7) Der AN verpflichtet sich, bei Vertragsende oder nach Ausspruch einer Kündigung – ungeachtet dessen, von welcher Seite sie erfolgt – an einer geordneten Übergabe der Tätigkeiten und der Einarbeitung eines Nachfolgers mitzuwirken.
  - (8) Der AN verpflichtet sich, regelmäßig an den für die Ausübung der Tätigkeit notwendigen internen und externen Aus- und Fortbildungen inklusive Software- und Hardwareschulungen, wie z. B. für von der AG genutzte Gefahrenmanagementsysteme, teilzunehmen.
  - (9) Der AN ist verpflichtet, bei besonderen Vorkommnissen (erhebliche Beeinträchtigungen oder Gefährdungen für Leib und Leben sowie für das Vermögen der AG) einschlägige Behörden, wie z. B. Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst sowie die Meldekette der Technischen Universität Darmstadt unverzüglich zu benachrichtigen.
  - (10) Bewachung und Verwahrung von Arbeitsgeräten, Arbeitskleidung usw. des ANs oder seiner Erfüllungsgehilfen ist Sache des ANs. Die AG ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf dem Grundstück und in den Räumlichkeiten der AG befinden. Hiervon ausgenommen sind Schadensersatzansprüche des ANs, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung der TU Darmstadt bzw. ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

#### § 4 Personal

- (1) Der AN ist verpflichtet, sein Personal nach Maßgabe der Regelungen in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) nebst den Anlagen zu organisieren, auszustatten und zu leiten. Das Personal des ANs wird nicht in den Betrieb der AG integriert. Der AN bleibt uneingeschränkt weisungsbefugt hinsichtlich Zeit, Ort und Ausführung der Leistungen seines Personals.
- (2) Für alle Tätigkeiten im Rahmen der vertraglich vereinbarten Leistungen hat der AN gemäß § 9 BewachV nur entsprechend fachlich qualifiziertes (gemäß Leistungsbeschreibung **Anlage 1**), zuverlässiges Personal einzusetzen. Das eingesetzte Personal muss sich auf Verlangen jederzeit vor Ort mit einem Dienstaussweis mit Lichtbild ausweisen können.
- (3) Der AN bestätigt, dass mit dem von ihm gestellten Personal ein ordnungsgemäßer Arbeitsvertrag geschlossen ist. Er sichert zu, dass
  - er alle für die von ihm eingesetzten Mitarbeiter anfallende Sozialabgaben ordnungsgemäß abführt.
  - sein Personal gesetzlich unfallversichert ist. Der Nachweis hierüber ist der AG vorzulegen.
  - sein Personal in den entsprechenden Unfallvorschriften unterwiesen ist; die Belehrung darüber ist der AG auf Anforderung nachzuweisen.
- (4) Mitarbeiter aus Nicht-EU-Staaten dürfen vom Auftragnehmer nur eingesetzt werden, wenn sie eine gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis besitzen.
- (5) Der AN sichert die Einhaltung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung zu. Ferner sichert er hiermit zu, bei der Leistungserbringung alle ihm aufgrund des Mindestlohngesetzes (MiLoG) obliegenden Pflichten in seinem Betrieb vollumfänglich einzuhalten. Die vorgenannten Vorgaben gelten in gleicher Weise für Nachunternehmer. Es gilt außerdem das Hessische Vergabe- und Tariftruesgesetz.
- (6) Der AN ist verpflichtet, die Arbeitszeiten seines Personals anhand von Stundennachweisen zu dokumentieren. Diese sind nach Aufforderung der AG vorzulegen.

## § 5 Einsatz von Subunternehmern

- (1) Der AN setzt eigenes Personal ein. Der Einsatz von Subunternehmern ist nur mit vorherigem schriftlichen Einverständnis der AG möglich. Für die Subunternehmer, die im Rahmen der Ausschreibung benannt wurden, gilt das Einverständnis der AG als erteilt. Die AG kann ihre Zustimmung in begründeten Fällen (z. B. mangelhafte Leistungserbringung) jederzeit widerrufen. Für Subunternehmer gelten die gleichen Bedingungen und gesetzlichen Vorschriften wie für den AN selbst. Der AN muss in jedem Fall nachweisen, dass die Pflichten, die sich aus diesem Vertrag ergeben, auch mit dem Subunternehmer vereinbart worden sind. Deren Einhaltung wird vom AN gegenüber der AG gewährleistet. Auch bei genehmigtem Einsatz von Subunternehmern bleibt ausschließlich der AN gegenüber der AG Vertragspartner, Ansprechpartner und Verantwortlicher.
- (2) Der AN haftet dafür, dass der Subunternehmer alle erforderlichen Genehmigungen und Rechte besitzt, die für die Vertragserfüllung benötigt werden und stellt die AG von allen Schadensersatzansprüchen, vertraglichen und gesetzlichen Ansprüchen Dritter, die aus dem Vertragsverhältnis entstehen, frei.
- (3) Der Subunternehmer darf ausschließlich für definierte Aufgabenbereiche wie Sicherheitsdienstleistungen im Rahmen von Veranstaltungen und Baumaßnahmen sowie weiteren Sonderdiensten eingesetzt werden.
- (4) Der AN hat der AG  $\frac{1}{4}$  -jährlich zum Ende eines Quartals eine Liste über die Einsätze des Subunternehmens zu übermitteln. Die Liste hat folgende Angabe zu enthalten: Datum des Einsatzes, Dauer des Einsatzes, Ort und Zweck des Einsatzes, Anzahl Sicherheitsmitarbeiter\*in, Namen Sicherheitsmitarbeiter\*in.

## § 6 Ansprechpartner der Parteien

- (1) Der AN verpflichtet sich, eine Objektleitung nebst Vertretung zu benennen, die während der gesamten Vertragslaufzeit als feste Ansprechperson mit übergeordneter Leitungsfunktion für die AG zur Verfügung steht.
- (2) Die Bevollmächtigung der Ansprechpersonen der AG (Dezernatsleitung IV, Referatsleitung IV C, Fachliche Koordination IV C sowie Schichtführung) erstreckt und beschränkt sich auf die Erteilung von Anweisungen, die zur terminlichen bzw. vertragsgerechten Ausführung der Leistungen des ANs erforderlich und zweckmäßig sind.

## § 7 Vergütung und Rechnungsstellung

- (1) Die Vergütung richtet sich nach der Leistungsbeschreibung sowie dem vom Auftragnehmer ausgefüllten Preisblatt (**Anlage 2**) zzgl. einer etwaig anfallenden gesetzlichen MwSt. zum jeweils gültigen Satz.
- (2) Die im Preisblatt (**Anlage 2**) genannten Preise sind Festpreise, die für die gesamte Dauer des Vertragsverhältnisses gelten. Eine Preisanpassung während der Vertragslaufzeit ist nicht möglich. Ausgenommen von dieser Regelung ist eine etwaige Änderung des jeweils maßgeblichen Mehrwertsteuersatzes.
- (3) Die Anforderungen des § 14 UStG sind einzuhalten.
- (4) Die Zahlungsmodalitäten richten sich, soweit in diesem Vertrag nicht abweichend geregelt, nach den Bestimmungen der VOL/B.
- (5) Alle Leistungen sowie Nebenkosten sind mit den vereinbarten Preisen gemäß Preisblatt (**Anlage 2**) abgegolten. Mit dieser Vergütung sind ebenfalls alle im Zusammenhang mit der Tätigkeit anfallenden weiteren Kosten des Auftragnehmers abgegolten. Nebenkosten, wie z. B. technische Ausrüstung, Stellung von Kfz, Anfahrtkosten, Übernachtungskosten und Verwaltungskosten werden nicht gesondert vergütet.
- (6) Für die Versteuerung der Vergütung sowie für sonstige Abgaben und Nebenkosten ist der Auftragnehmer ausschließlich selbst verantwortlich. Diesbezügliche Nachforderungen jedweder Art

seitens des Auftragnehmers sind ausgeschlossen. Die Erhöhung von Nebenkosten berechtigt den Auftragnehmer nicht zu Zusatzforderungen.

- (7) Die Rechnungsstellung erfolgt im Rahmen der elektronischen Verarbeitung von Eingangsrechnungen gem. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung für das Land Hessen sowie dem Gesetz zur Umsetzung der europäischen Richtlinie 2014/55/EU über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen (**Anlage 9**).

#### **§ 7a**

##### **Vergütung und Rechnungsstellung für regelmäßige Leistungen**

- (1) Der AN erhält für seine nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen monatliche Vergütungen gemäß Preisblatt (**Anlage 2**).
- (2) Die Vergütung der regelmäßigen Leistungen umfasst auch geringfügige Anpassungen der AG hinsichtlich des konkreten Leistungssolls (z. B. Hinzunahme weiterer Gebäude oder Räume).
- (3) Der AN muss eine spezifizierte und nachvollziehbare Kostenrechnung mit Angaben der im Preisblatt nummerierten Leistungsbezeichnungen vorlegen.

#### **§ 7b**

##### **Vergütung und Rechnungsstellung für Zusatzleistungen nach Bedarf**

- (1) Die Vergütung der gesondert beauftragten Leistungen erfolgt auf Basis eines Stundennachweises des ANs, der bei der AG gemeinsam mit der Kostenrechnung einzureichen ist.
- (2) Der AN muss eine spezifizierte und nachvollziehbare Kostenrechnung mit Angaben der im Preisblatt nummerierten Leistungsbezeichnungen sowie der tatsächlich geleisteten Stunden vorlegen. Die Information zum Abrechnungszeitpunkt erfolgt mit Erteilung des schriftlichen Auftrags. Der Rechnungsadressat ist immer **der Leistungsempfänger** gemäß Auftrag.
- (3) Leistungsempfänger der AG sind überwiegend:
  - Das Dezernat IV – Referat IV C
  - Das Dezernat IV – Referat IV B
  - Das Dezernat IV – Referat IV D
  - Das Dezernat V
  - Science Communication Center
- (4) Der AN hat der AG (Dezernat IV) zur stetigen Überwachung des Auftragsvolumens auch die Kostenrechnungen zu Aufträgen anderer Leistungsempfänger gem. Abs. 3 in Kopie zur Kenntnis zu geben.

#### **§ 8a**

##### **Schlechtleistungen des ANs im Rahmen von regelmäßigen Leistungen**

- (1) Schlechtleistungen des ANs werden von der AG direkt gerügt und sind unverzüglich zu beheben. Der AN ist zur Mit- / Zuarbeit bei Reklamationen verpflichtet.  
Als Schlechtleistung gilt insbesondere:
  - Nicht (rechtzeitiges) Erscheinen eines SMA ab einer Verspätung von 30 Minuten, es sei denn der AN oder dessen SMA haben die Verspätung nicht zu vertreten.
  - Nicht vertragsgemäße Erreichbarkeit des ANs oder dessen Mitarbeitern.
  - Der SMA wird bei einem Einsatz vor Ort seiner Aufgabe nicht gerecht, da er z. B. auf eine Störung nicht reagiert.
  - Nicht vertragsgemäßes (optisches) Auftreten von SMA.
  - Der SMA ist durch private elektronische Geräte abgelenkt.
- (2) Die gesetzlichen Rechte zum Rücktritt und Schadensersatz bleiben unberührt.
- (3) Sofern der AN eine vereinbarte Dienstleistung nicht antritt bzw. Termine zur Leistung von Sicherheitsdienstleistungen komplett versäumt, ist die AG berechtigt, die ihr entstandenen Zusatzkosten für eine Ersatzvornahme in voller Höhe zzgl. einer Bearbeitungsgebühr dem AN in Rechnung zu stellen.

- (4) Hat die AG den AN innerhalb von drei Monaten drei Mal wegen Schlechtleistungen berechtigt gerügt, ist die AG beim Vorliegen der dritten Schlechtleistung berechtigt, den AN abzumahnen. Dasselbe gilt, wenn der AN eine gerügte Schlechtleistung nicht behebt.
- (5) Die AG ist berechtigt, die monatliche Vergütung des ANs bei Schlechtleistungen wie folgt zu mindern:

Anzahl der Schlechtleistungen pro Monat	Vergütungsminderung
ab 2	2%
ab 4	5%
ab 8	20%

### **§ 8b**

#### **Slechtleistungen des ANs im Rahmen von Zusatzleistungen bei Bedarf**

- (1) Der AN ist zur Mitarbeit/Zuarbeit bei Reklamationen verpflichtet, d.h. er hat dem AG unverzüglich nach Aufforderung eine ausführliche und nachvollziehbare schriftliche Stellungnahme zu übermitteln.
- (2) Eine Schlechterfüllung der vertraglichen Pflichten ist unabhängig voneinander insbesondere in folgenden Fällen gegeben:  
Die im Rahmen eines Einzelabrufs angeforderte personelle Dienstleistung wird nicht, nur teilweise oder nicht ordnungsgemäß erbracht (dienstvertragliches Element). Als nicht ordnungsgemäße Erbringung gilt insbesondere:
  - Nicht rechtzeitiges Erscheinen eines eingesetzten Mitarbeitenden zu den vereinbarten Zeiten bei dem AG bzw. der Veranstaltung oder Terminen. Eine Verspätung ab 30 Minuten stellt in der Regel eine sehr erhebliche Schlechtleistung dar.
  - Nicht vertragsgemäße Erreichbarkeit des ANs oder dessen Mitarbeitern.
  - Der AN wird bei einem Einsatz vor Ort seiner Aufgabe nicht gerecht, da er z. B. auf eine Störung nicht reagiert.
  - Nicht vertragsgemäßes (optisches) Auftreten von Mitarbeitenden.
  - Der AN oder seine Mitarbeitenden ist durch private elektronische Geräte abgelenkt.
- (3) Werden im Rahmen eines Einzelabrufs die vertraglichen personellen Dienstleistungen i. S. d. Abs. 2 lit. a) nicht oder teilweise nicht (z. B. durch erhebliches Zuspätkommen von eingesetztem Personal) oder nicht über den vereinbarten Zeitraum erbracht oder sind diese ganz oder teilweise derart unbrauchbar, so dass dies einer Nichterbringung gleichkommt oder werden diese ganz oder teilweise von Personal erbracht, welches nicht die vertraglich vereinbarten Qualifikationen besitzt, ist die hierfür anfallende Vergütung dementsprechend anteilig zu kürzen. Ist infolge dieser Schlechterfüllung der Dienstleistungen die Veranstaltung undurchführbar geworden oder hat diese keinen Wert mehr, kann im Falle des Vertretenmüssens durch den AN oder dessen Erfüllungsgehilfen im Wege des Schadensersatzes die restliche Vergütung aus dem gesamten Abruf einbehalten werden.
- (4) Das Recht des AG zur außerordentlichen Kündigung bleibt hiervon unberührt.
- (5) Das Recht zur Geltendmachung von Schadensersatz sowie zum Rücktritt nach den gesetzlichen Vorschriften bleibt hiervon ebenfalls unberührt.

### **§ 9**

#### **Versicherung und Haftung**

- Der AN haftet für die durch ihn und seine Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachten Personen-, Vermögens- und Sachschäden, die in Erfüllung und Gelegenheit der vertraglichen Verbindlichkeiten entstehen. Er ist verpflichtet, eine Haftpflicht-Sachschadensversicherung abzuschließen und diese für die gesamte Vertragsdauer aufrecht zu erhalten. Diese Versicherung muss die Haftung für alle im Rahmen und / oder im Zusammenhang mit den Ausführungsarbeiten entstehenden Schäden abdecken. Im Falle des Verlustes von Schlüsseln und Transpondern, die die AG dem AN zur Verfügung stellt, haftet der AN nicht nur für den materiellen Gegenwert des

Schlüssels / Transponders, sondern ausdrücklich auch für die Folgekosten (Installationskosten, d. h. Einbau neuer Schließzylinder, Programmierung von Transpondern). Der AN trägt die Kosten für die Wiederbeschaffung und die Installation. Die ausreichende Versicherung ist der AG nachzuweisen, und zwar mit folgenden Mindestdeckungssummen je Schadensereignis:

- von 3 Mio. € pauschal bei Personen-, Sach- und Vermögensschäden je Schadensereignis

Für private Haftpflicht-Risiken:

- von 3 Mio. € pauschal bei Personen- und Sachschäden je Schadensereignis
- von 3 Mio. € pauschal je einzelne Person
- von 100.000 € pauschal bei Vermögensschäden je Schadensereignis

- Schlüsselverlustschäden 500.000,00 € je Schadensfall,
- Allmählichkeitsschäden 500.000,00 € je Schadensfall,

- Obhuts- und Bearbeitungsschäden einschließlich Schäden durch Abhandenkommen anderer Sachen 250.000,00 € je Schadensfall.

- Die Beschädigung von Gegenständen ist der AG oder deren Beauftragten unverzüglich anzuzeigen.
- Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften, der allgemeinen sicherheitstechnischen und Arbeitsschutzvorschriften sowie den Vorschriften der AG. Die AG haftet nicht für Folgen von Unfällen und sonstigen Schäden, die der AN oder seine Erfüllungsgehilfen bei der Ausführung ihrer Tätigkeiten erleiden, es sei denn diese wurden durch die AG oder deren Erfüllungsgehilfen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht. Der AN verpflichtet sich diesbezüglich, die AG von entsprechenden Entschädigungsansprüchen einschließlich von Regressansprüchen jedweder Art (z. B. Versicherungen) freizustellen.
- Für Schäden aus der Verletzung des Lebens, Körpers oder der Gesundheit haftet die AG uneingeschränkt bei Vorsatz und Fahrlässigkeit (auch seines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen).
- Der AN hat die AG von etwaigen Ansprüchen Dritter, die bei der Ausführung der Arbeiten Schäden erleiden, freizustellen, es sei denn diese wurden durch die AG oder deren Erfüllungsgehilfen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht.

## **§ 10**

### **Vertragsdauer und Kündigung**

- (1) Der Vertrag wird ab dem 01.12.2026 für die Dauer von 2 Jahren geschlossen und endet somit am 30.11.2028.
- (2) Die AG ist berechtigt, den Vertrag zweimal, um jeweils 1 weiteres Jahr zu verlängern. Die Entscheidung hierüber wird dem AN 3 Monate vor Ablauf der regulären Laufzeit mitgeteilt. Für die Ausübung des Rechts zur Vertragsverlängerung gilt die Schriftform.
- (3) Die Höchstmenge über die gesamte Vertragslaufzeit von 48 Monaten beträgt 3.200.000 EUR netto. Eine Abnahmegarantie ist hiermit nicht verbunden. Nach Ablauf der Gesamtlaufzeit von maximal 48 Monaten bzw. mit Erreichen der Höchstmenge – je nachdem, was früher eintritt – endet der Vertrag automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (4) Die AG ist berechtigt, den Vertrag ohne Angabe von Gründen mit einer Frist von 6 Monaten zu kündigen. Der AN ist in diesem Fall berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen; er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Es wird vermutet, dass danach dem AN 10 % der auf den noch nicht erbrachten Teil der Leistungen entfallenden vereinbarten Vergütung zustehen. Beide Parteien sind berechtigt, höhere oder geringere ersparte Aufwendungen nachzuweisen.
- (5) Beide Vertragsparteien sind berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund nach Maßgabe von § 314 BGB zu kündigen.
- (6) Ein wichtiger Grund für die AG liegt insbesondere dann vor, wenn
  - der AN wiederholt wesentliche Vertragspflichten verletzt hat.
  - der AN ohne Zustimmung der AG Nachunternehmer einsetzt.
  - gegen Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) und/oder des

- Mindestlohtarifvertrages verstoßen wird.
  - über das Vermögen des ANs das Insolvenzverfahren bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt ist, ein solches Verfahren eröffnet oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird.
  - der AN nach zwei Abmahnungen innerhalb von 12 Monaten weiterhin schlecht leistet und die Voraussetzungen einer dritten Abmahnung vorliegen.
- (7) Jede Kündigung bedarf der Schriftform.

## **§ 11**

### **Geheimhaltung**

- (1) Der AN verpflichtet sich, über alle Geschäftsvorgänge und Betriebsabläufe der AG sowie sonstige Informationen, die ihm oder seinen Mitarbeitern bei Gelegenheit der Ausführung der Leistungen bekannt werden, absolutes Stillschweigen zu bewahren. Die vom AN eingesetzten Mitarbeiter werden eine gleichlautende Stillschweigeerklärung abgeben.
- (2) Die dem AN übergebenen oder bekanntwerdenden Daten sind streng vertraulich zu behandeln und dürfen nicht unbefugt an Dritte weitergegeben werden. Die Vorschriften der geltenden Datenschutzgesetze (DSGVO, Bundesdatenschutzgesetz, Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes) sind einzuhalten sowie Maßnahmen zum Schutz der Daten umzusetzen.
- (3) Der AN verpflichtet sich, die gleichen Geheimschutzregeln zu beachten, wie sie der AG obliegen. Der AN verpflichtet sich daher, die für ihn tätigen Mitarbeiter förmlich nach dem Verpflichtungsgesetz vom 02.03.1974 (Bundesgesetzblatt I, Seite 469, 547), über alle Angelegenheiten, die ihm in Rahmen der Wartung, Instandsetzung und Ausstattung bei der AG bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren. Die entsprechenden Niederschriften werden der AG auf Verlangen in Kopie zur Verfügung gestellt.
- (4) Dem AN überlassene Dokumente und Unterlagen sind so aufzubewahren, dass sie nur für Zwecke der Vertragserfüllung zugänglich sind; diese sind zum Vertragsende an die AG zurückzugeben.
- (5) Der AN ist dazu verpflichtet, alle Daten, die ihm im Rahmen der Durchführung des vorliegenden Vertrags zur Kenntnis gelangen, weder außerhalb der Zweckbindung des Vertrags zu verarbeiten noch sie bekannt zu geben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Von dieser Verpflichtung ausgenommen sind solche Daten, die der AN aus öffentlich zugänglichen Quellen bezieht.
- (6) Jede Einsichtnahme in Daten und Schriftstücke der AG, insbesondere in Akten und Pläne, außerhalb des zur Erbringung der Leistung notwendigen, ist untersagt.
- (7) Der AN verpflichtet sich, dem behördlichen sowie ggfs. auch dem hessischen Datenschutzbeauftragten und den von diesen eingesetzten Bediensteten, Zugang zu den Arbeitsräumen zu gewähren und unterwirft sich der Kontrolle nach Maßgabe des HDSIG in seiner jeweiligen Fassung. Der AN benachrichtigt die AG, bevor eine angekündigte Kontrolle stattfindet.
- (8) Sollten Daten der AG oder ihrer Beschäftigten beim AN durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahmung), durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der AN die AG hiervon unverzüglich zu verständigen.
- (9) Die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit bestehen auch nach der Beendigung des Vertrages fort.
- (10) Der AN verpflichtet sich, seine Mitarbeiter und Unterauftragnehmer hierüber zu belehren und in der gleichen Art und Weise zu verpflichten, in der er selbst gegenüber der AG verpflichtet ist.

## **§ 12**

### **Einwilligung zur Verarbeitung von Daten**

Der AN ist darüber informiert, dass im Rahmen der Vertragsverwaltung, die das Vertragsverhältnis betreffenden Daten auf Datenträger gespeichert und nach den jeweils gültigen gesetzlichen Bestimmungen verarbeitet werden.



### **§ 13**

#### **Schlussbestimmungen**

- (1) Dieser Vertrag unterliegt der Schriftform. In diesem Vertrag nicht behandelte Nebenabreden wurden weder mündlich noch schriftlich getroffen. Nachträgliche Ergänzungen oder sonstige Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Die Aufhebung des Schriftformerfordernisses ist ebenfalls nur schriftlich möglich.
- (2) Sollte eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine neue Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlich Gewollten möglichst nahekommt und dem Gesetz entspricht. Gleiches gilt für Vertragslücken.
- (3) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Leistungs- und Erfüllungsort ist der Sitz der AG. Ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – sofern gesetzlich kein anderer ausschließlicher Gerichtsstand maßgeblich ist – Darmstadt.